

Thomas Riegler

EIN ÖSTERREICHISCHER WEG: DIE REAKTION AUF DEN INTERNATIONALEN TERRORISMUS DER 1970er UND 80er JAHRE



Thomas Riegler

Dr. phil., freischaffender Historiker in Wien. Letzte Publikation: *Im Fadenkreuz: Österreich und der Nahostterrorismus 1973 bis 1985* (Wien 2010).

Kontakt: rieglerthomas@hotmail.com

Summary:

AN AUSTRIAN APPROACH: THE RESPONSE TO INTERNATIONAL TERRORISM DURING THE 1970s AND 1980s

This article explores the reactions on the part of the Austrian Government in regard to international terrorism during the 1970s and 1980s. Basically, three measures are highlighted: The gradual expansion of security forces, international cooperation in the field of security, and foreign policy initiatives in the Middle East with the aim of terrorism-prevention. Based on recently analysed primary sources from the Foundation Bruno Kreisky Archive (Vienna) and the Federal Commissioner for the Stasi Archives (Berlin) as well as on interviews with contemporary witnesses, the Austrian approach is not only evaluated in regard to successes and weaknesses, but also put into the context of contemporary Western counterterrorism efforts.

EINLEITUNG

In den 1970er und 80er Jahren wurden zahlreiche westeuropäische Länder zum Schauplatz terroristischer Gewalt. Diese konnte von ihrem Hintergrund her nationalistisch-separatistisch, links- oder rechtsextrem motiviert sein. Anders als Nachbarstaaten wie die BRD oder Italien blieb Österreich von dieser Entwicklung relativ verschont. Das politische System der Nachkriegsgesellschaft, mit seiner Konsensfixierung und einer Reformperiode in den 1970er Jahren schwächte das Potential für „homegrown“-Terrorismus von vornherein ab. Einen Zündstoff bildete dagegen die Auseinandersetzung um Minderheitenrechte – so kam es in Kärnten in den 1970er Jahren zu einer Anschlagswelle, die sich aber vor allem gegen Infrastrukturziele richtete. Dennoch gab es in Österreich kein nennenswertes Spektrum einheimischer Gruppierungen, sondern terroristische Gewalt war überwiegend das Werk ausländischer Akteure auf

österreichischem Boden. So war das Land – ähnlich wie Frankreich – mit dem „internationalen Terrorismus“ konfrontiert, d. h. vor allem mit nahöstlichen Gruppen, die ihren bewaffneten Kampf bewusst überregional anlegten. Von der Intensität her war dies die bedeutendste terroristische Herausforderung, mit der es die Zweite Republik bislang zu tun hatte. Darunter fallen die Geiselnahmen von Marchegg (1973) und im Wiener OPEC-Hauptquartier (1975), der Mord am Wiener Stadtrat Heinz Nittel (1981), der Wiener Synagogenanschlag (1981) und das Flughafenattentat in Schwechat (1985). Auf diese Welle an Attentaten reagierte man mit einem Bündel an Maßnahmen, die polizeilicher, aber vor allem politischer Natur waren. Um den Nahostkonflikt präventiv zu entschärfen und so für mehr Sicherheit zu sorgen, knüpfte Bundeskanzler Bruno Kreisky (SPÖ) Kontakte zum Führer der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) sowie zum libyschen Revolutionsführer Muammar al-Gaddafi. Unter dem

Strich kann man von einem österreichischen Weg in Sachen Terrorismusbekämpfung sprechen.

DER AUSGANGSPUNKT: DIE TERRORGEFAHR IN DEN 1970er JAHREN

Die beschriebene staatliche Reaktion war notwendig geworden, weil Österreich Anfang der 1970er Jahre zum ersten Mal in den Fokus international agierender Terrorgruppen geriet. Der wichtigste Grund hierfür war die besondere Rolle, die Österreich als Transitland für die jüdische Emigration aus dem Ostblock seit den frühen 1960er Jahren spielte.¹ Bis 1973 hatten 164.638 Emigranten – 72.078 aus der UdSSR, der Rest aus Polen, Rumänien und der CSSR – per Bahn den kommunistischen Machtbereich über Österreich verlassen. Rund 70.000 von ihnen verbrachten anschließend einen Aufenthalt in einem Transitlager der Jewish Agency in Schönau an der Triesting, wo sie gesundheitlich untersucht, vom israelischen Geheimdienst „durchleuchtet“ und auf ihre neue Heimat vorbereitet wurden.² In der arabischen Welt wurde die Einwanderung der osteuropäischen Juden nach Israel als feindliche demografische Stärkung Israels angesehen, die zu unterbinden war. Anfang 1973 konnte eine geplante Geiselnahme durch den „Schwarzen September“, jener Gruppe, die schon 1972 in München einen Anschlag auf die israelische Olympia-Mannschaft verübt hatte, gerade noch vereitelt werden. Doch wenige Monate später, am 28. September 1973, gelang es zwei Angehörigen der obskuren Organisation „Adler der palästinensischen Revolution“ beim Grenzbahnhof Marchegg drei russische Juden sowie einen Zöllner als Geiseln zu nehmen. Nach stundenlangen Verhandlungen entschied die Bundesregierung, nachzugeben. Das Durchgangslager für russische Juden in Schönau wurde geschlossen, im Gegenzug wurden die Geiseln freigelassen und die beiden Terroristen konnten unter freiem Geleit abfliegen. Die Schließung Schönaus war aber eine rein vordergründige Maßnahme: Der Transit ging ungebrochen weiter und erreichte erst nach der Geiselnahme seinen Höhepunkt.

Da sich die Bedrohung der jüdischen Auswanderer spätestens seit Anfang 1973 immer deutlicher abgezeichnet hatte, war im Mai desselben Jahres das 80 Beamte umfassende „Gendarmeriekommando Bad Vöslau“ gegründet worden. War zuvor nur der Objektschutz im Schlossgelände Schönau durchgeführt worden, sicherte die neue Einheit nun zusätzlich die

Bahntransporte bzw. die Ausreise der Emigranten mit der El Al am Flughafen Schwechat ab.³

Die Verschärfung der Sicherheitsmaßnahmen hatte aber nicht genügt, das Terrorrisiko zu mindern – das hatten die Ereignisse von Marchegg bewiesen. Die Gefahr neuer Anschläge bestand unvermindert weiter: Die CIA warnte Ende 1974 in einem Geheimbericht davor, dass eine „unidentifizierte Fedajin-Gruppe“ plane, in den nächsten Monaten eine Jumbo-Verkehrsmaschine mit sowjetischen Emigranten beim Abflug in Wien abzuschießen.⁴ Im Januar 1975 meldete der US-Geheimdienst, dass ein Sprengstoffanschlag mit einem Bus in der österreichischen Hauptstadt beabsichtigt sei.⁵

So überrascht es nicht, dass die Regierung von Bundeskanzler Bruno Kreisky die Frage des jüdischen Transits auch international zur Disposition stellte. Im Rahmen eines Staatsbesuchs bei US-Präsident Gerald Ford 1975 sprach Kreisky dieses „Problem“ in sehr deutlichen Worten an: „Last year we stopped Schoenau for security; it took an army to protect it. The Arabs knew every detail. We need to change every six months or a year so the PLO can't get in too easily. Now they arrive as individuals by train – no organization. [...] This is a dirty job for us. No one knows when a terrorist might appear. From the station we send them to camp. It costs a lot of money. If it would be two times as many, it would be very difficult. [...] for us it is important to get other countries to receive some of these people.“ Kreisky betonte, falls man die Funktion weiterhin allein ausübe, würden die Terroristen sich auf Österreich „konzentrieren“. Auf die Nachfrage Fords, ob die PLO in diesem Zusammenhang ein Problem darstelle, antwortete der Bundeskanzler: „We don't deal with them, but we know they have been cautious. They have had many opportunities to do us a lot of harm.“⁶

Wenngleich Österreich trotz allen offiziellen Unwillens auch in der Folge das Transitland für osteuropäische jüdische Auswanderer blieb, fanden keine Anschläge mehr gegen sie statt. Dafür schlug der „internationale Terrorismus“ 1975 zum ersten Mal mitten in der Bundeshauptstadt zu: Die Aufsehen erregende Geiselnahme im OPEC-Hauptquartier am 21. Dezember 1975 hatte primär nichts mit Österreich und seiner Politik zu tun; es handelte sich vielmehr um eine Geldbeschaffungsaktion für den palästinensischen Widerstand im Libanon. Außerdem soll das Unternehmen dem Zweck gedient haben, den Druck auf die proamerikanischen Kräfte innerhalb der OPEC,

also Saudi-Arabien und Iran, zu verstärken. Kreisky reagierte ähnlich wie im Fall Marchegg: Zu keinem Zeitpunkt wurde eine „militärische“ Lösung erwogen, stattdessen internationalisierte der Bundeskanzler die Situation, indem er alle OPEC-Mitgliedsländer in den Entscheidungsprozess mit einband. Mit dem algerischen Außenminister Abd al-Aziz Bouteflika handelte Kreisky die Ausreise des Terrorkommandos nach Algerien aus, wo die letzten Geiseln schließlich auch frei kamen. Von der OPEC-Geiselnahme einmal abgesehen, kam es 1979 zu einem Bombenanschlag gegen die Synagoge in Wien, zu dem sich erneut die „Adler der Palästinensischen Revolution“ bekannten.

Dass aber der jüdische Transit nicht mehr ernsthaft gefährdet wurde, kann als Erfolg der österreichischen Sicherheitsstrategie angesehen werden, die im folgenden Abschnitt umrissen wird. Im Wesentlichen umfasste diese drei Felder: 1.) Die allmähliche Professionalisierung von Antiterrorkräften; 2.) die internationale Vernetzung mit der westlichen und nahöstlichen Sicherheitsarchitektur, sowie 3.) den Ausbau von Kontakten zu arabischen Potentaten und einflussreichen Kräften wie z.B. der PLO zwecks Entschärfung des Nahost-Konflikts, um so „präventiv“ für Sicherheit zu sorgen.



Bruno Kreisky (im Vordergrund links) auf Staatsbesuch in den USA 1983. Quelle: Wikimedia Commons.

SCHRITTWEISER AUSBAU VON ANTITERRORKAPAZITÄTEN

Was den Ausbau von Spezialkräften angeht, so wurde dieser Prozess nach der Geiselnahme von Marchegg weiter vorangetrieben: Das bereits erwähnte „Gendarmeriekommando Bad Vöslau“ wurde 1974 in „Gendarmeriebegleitkommando“ umbenannt. Dessen Hauptaufgabe blieb im Wesentlichen gleich: Die Eskorte der aus der UdSSR über Marchegg und Hohenau kommenden Züge nach Wien sowie fallweise Sicherungsaufgaben auf dem Flughafen Schwechat.⁷ Dennoch war das Ergebnis noch alles andere als zufriedenstellend, wie der Kriminalist Richard Benda

1980 in einem Fachartikel kritisch anmerkte: „Sowohl die Unterkunft der Truppe (Blechbaracken des Bundesheeres in Zwölfaxing), deren Ausrüstung als auch deren Ausbildung waren katastrophal. Ein Novum dieser Truppe war, dass sie keineswegs nur aus Freiwilligen bestand, sondern aus Ersparnisgründen turnusweise Gendarmen aus dem ganzen Bundesgebiet zur Dienstleistung abkommandiert wurden. Dass diese Beamten teilweise ihre Ausrüstung (Pistole und MP) vom Heimatposten mitbringen mussten und dadurch diesen teilweise entwaffneten, war ein beachtenswerter und unbefriedigender Aspekt.“ Die Entführung und Ermordung des deutschen Arbeitgeberpräsidenten Hanns-Martin Schleyer durch die

Rote Armee-Fraktion (RAF) 1977 gab den Anstoß dafür, dass auch Österreich eine für das gesamte Bundesgebiet zuständige Spezialeinheit zur Terrorbekämpfung erhielt. Das Gendarmerieeinsatzkommando (GEK) wurde mit 1. Januar 1978 offiziell installiert. Es wurden ausschließlich Freiwillige aufgenommen, die sich einem körperlichen Eignungstest unterziehen mussten. Es dauerte kaum weniger als zwei Jahre, bis der Sollstand von 165 Mann erreicht wurde, dafür investierte das Innenministerium ca. 70 Millionen Schilling (ca. 5 Millionen Euro) in Ausrüstung und Organisation.⁸



Angehörige der österreichischen Antiterror-Spezialeinheit „Einsatzkommando Cobra“. Quelle: Wikimedia Commons.

Das so professionalisierte GEK wurde in den 1980er Jahren in der Presse mit der inoffiziellen Bezeichnung „Kobra“ versehen. Das Personal wurde weiter aufgestockt, und die Weichen für die Errichtung einer modernen Einsatzzentrale in Wiener Neustadt wurden gestellt. Diese Vorgänge erweckten natürlich auch das Interesse östlicher Nachrichtendienste. In einer „Zusammenfassung vorliegender Hinweise zur österreichischen Antiterrorereinheit Kobra“ (1984) des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) wurde der strukturelle Aufbau so beschrieben: „eine Führungsgruppe; drei Einsatzeinheiten, bestehend aus 30 Beamten, die sich in einen Führungstrupp

und Spezialeinsatztrupp in einer Stärke von jeweils 5 Beamten gliedern; mehrere technische Gruppen, u. a. Sprengstoffexperten, KfZ-, Wartungs- und Instandsetzungstrupp, Dokumentationspezialisten, Taucherguppen sowie den Fernmeldetrupp; eine Ausbildungseinheit, eine Hubschraubertruppe; Versorgungsdienste.“⁹

Ein weiterer Reorganisationsschritt schloss die bis dahin eklatanteste Lücke: Bis zur Gründung der Kriminalbeamten-Einsatzgruppe (KEG) im Jahr 1977 hatte es keine Einheit gegeben, die sich ausschließlich und intensiv mit Terrorismus beschäftigte. Als Referat VIII war die KEG bei der Bundespolizeidirektion Wien/Abteilung I (Staatspolizeilicher Dienst) angesiedelt. „Da waren 24 Beamte, ein leitender Beamter und ein Jurist dabei sowie 10 weitere Beamte in den Bundesländern. Das Personal war mehr oder weniger ohne jede Erfahrung zusammengewürfelt, so nach dem Motto: ‚Nehmt Euch dieser Sache, der Terrorbekämpfung an!‘ Das waren die ersten, die sich innerhalb der Polizei ausschließlich auf Terrorismus konzentriert haben, sich dieses Themas angenommen haben, gelernt haben, Fälle aufgegriffen haben“, erinnerte sich Chefinspektor a.D. Robert Sturm, der 1979 zu dieser Truppe stieß.¹⁰

1987 wurde die KEG von einem neuen „Player“ abgelöst: Innenminister Karl Blecha (SPÖ) gründete eine ihm direkt unterstellte „Einsatzgruppe zur Bekämpfung des Terrorismus“ (EBT). Die EBT war daraufhin ausgerichtet, Präventions- und Aufklärungsarbeit zu leisten und gleichzeitig als Bindeglied zu Nachrichtendiensten im Ausland zu fungieren. Daher arbeitete die Truppe im Gegensatz zum GEK, das weiterhin für die „aktive“ Terrorbekämpfung zuständig war, im Geheimen.¹¹ Die EBT setzte sich aus jüngeren Beamten zusammen und war bewusst der Kontrolle der eher bürokratisch ausgerichteten Staatspolizei entzogen. Folglich kam es intern immer wieder zu Reibereien und Kompetenzstreitigkeiten, was auch den östlichen Diensten nicht entging. Die „Äußere Abwehr“ des tschechoslowakischen Geheimdienstes (Statni Bezpecnost, StB) berichtete Ende der 1980er Jahre, dass die EBT seit ihrer Bildung mit einer Reihe von Problemen kämpfe: „Entscheidend sind die Parteistreitigkeiten zwischen Anhängern von Blecha (SPÖ) und seinen Gegnern in der ÖVP und die damit verbundenen Streitereien bei der Ernennung in leitende Funktionen. Weiters geht es um Widersprüche hinsichtlich der eigentlichen Formen und Methoden der operativen Tätigkeit. Der tragende

Kern des Personals wurde nämlich aus den früheren Angehörigen der Sondereinheit ‚Cobra‘ gebildet, die vor allem in der Arbeit ‚mit den Händen‘ ausgebildet worden waren, d. h. im Schießen, Judo usw. Nach den Vorstellungen des Bundesparlaments sollte diese Abteilung der Abwehr und des Kampfes gegen den Terrorismus aber eine Symbiose von ‚Kopf und Händen‘ sein, das bedeutet Prioritäten der agenturischen Tätigkeit im internationalen Maßstab und erst danach gewaltsames Handeln.“ Interessanterweise hatte sich der CSSR-Geheimdienst auch das „Konzept für die Aufstellung der Sondergruppe zur Bekämpfung des Internationalen Terrorismus“, die Blaupause für die Gründung der EBT, beschaffen können und den Verbündeten beim MfS zur Verfügung gestellt. In diesem Entwurf wird festgehalten, dass sich die Aufgaben der Sondergruppe „auf alle sicherheits-politisch relevanten Bereiche im Rahmen der Terror-Bekämpfung“ erstrecken: „Die Erfahrung hat gezeigt, daß sich politischer Extremismus und Terror grenzüberschreitender Methoden und Arbeitstechniken bedient, seine Angriffe, Aktionen und Attentate je nach politischer Aktualität in jedes Land hineinträgt und jedes Objekt Ziel sein kann.“¹²

Eine Priorität war weiters die moderne Ausstattung: „Dem Spektrum des politisch motivierten Verbrechens – es reicht vom Mord über Geiselnahme bis zur schwersten Sachbeschädigung – ist bei der Kompetenzzuteilung, Zurverfügungstellen der Mittel, Ausrüstung, Auswahl, Schulung und Stärke des Personals, Rechnung zu tragen.“ An der Spitze der insgesamt 50 Beamte umfassenden Einsatzgruppe stand die Zentrale, die für Anweisungen und den Informationsfluss an die einzelnen verdeckt arbeitenden Teams sowie für die Herstellung der internationalen Kontakte zuständig war. Den Teams selbst wurden bestimmte Aufgabenbereiche zur Bearbeitung zugewiesen – laut Konzept sah die Grobeinteilung vor: Terrorismus („Bereich Naher Osten“, „Euro-Terrorismus“), „politisch extreme Bewegungen“ (Links- und Rechtsterrorismus, „militante Ökobewegungen“), Nachrichtendienste („Ost und West“). Im Unterschied zu den bis dahin bestehenden Strukturen wurde bei der EBT auf nachrichtendienstliche Aktivitäten und hier besonders auf das Anwerben von „Quellen“, Informationssammlung und Prävention Wert gelegt: „Das Ausfindigmachen, Anwerben und das Führen von Personen aus dem Umfeld des Terrorismus ist ein vorrangiges Ziel, das nur mit geschulten und motivierten Beamten erreichbar

ist. Die Sondergruppe soll weiters den politischen Hintergrund des Terrorismus analysieren und systematisch in die Ermittlungen einbeziehen. [...] Sie soll weiters Erkenntnisse über Kräfte, welche die innere Sicherheit gefährden oder gefährden könnten (Personen, Organisationen, Objekte, Methoden, Praktiken, Agitationen, Verbindungen, Bedrohungen, etc.) gewinnen. Dazu gehören: Durchführung von Observationen und Überwachungen; die Verfolgung und Aufklärung von terroristischen Anschlägen und anderen subversiven Tätigkeiten; Einvernahme von Tätern und Zeugen nach Anschlägen; Durchführung von offenen und verdeckten Ermittlungen, Nutzbarmachung von nachrichtendienstlichen Erkenntnissen etc.“¹³ In weiterer Folge sollte die EBT ebenso wie die Staatspolizei und die Einsatzgruppe zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität (EDOK) 2002 im Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) aufgehen.

EINBINDUNG IN DIE INTERNATIONALE SICHERHEITSARCHITEKTUR

Abgesehen von dieser allmählichen Aufrüstung des Sicherheitsapparats, spielte weiters internationale Zusammenarbeit, vor allem mit anderen westeuropäischen Staaten, eine besonders wichtige Rolle. Diese Kooperation erstreckte sich über bilaterale Kontakte zwischen österreichischen und ausländischen Diensten zum Zwecke des Informationsaustausches bis hin zu regelmäßigen Besprechungen des jeweiligen Innenministers mit seinen ausländischen Amtskollegen oder anderen wichtigen Entscheidungsträgern. In einigen Fällen wurden diese Kontakte formalisiert, so etwa mit Italien (1986), Spanien (1987) und der BRD (1988). Schon 1978 hatte Wien die Initiative übernommen, eine engere Zusammenarbeit der Innenminister von Österreich, BRD, Frankreich, Italien und der Schweiz zustande zu bringen – im Rahmen des „Club of Vienna“ wurden Angelegenheiten der transnationalen Kooperation besprochen. Darüber hinaus kooperierte Österreich im Rahmen der TREVI-Gruppe (Terrorism, Radicalism, Extremism and Political Violence) mit den Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft.¹⁴ „Die Zusammenarbeit mit den westlichen und nördlichen Nachbarländern ist ja davon ausgegangen, dass man das Terrorismusproblem nicht national isoliert betrachten kann“, erinnert sich der damalige Innenminister Erwin Lanc (SPÖ). Man habe sich regelmäßig getroffen – entweder in Deutschland oder

in der Schweiz: „Dort war während meiner Amtszeit der Kurt Furgler zuständig – in Frankreich Gaston Deffere, der frühere Bürgermeister von Marseilles und Widerstandskämpfer. Wir haben uns vor allem Gedanken gemacht, wie man politisch intervenieren kann, und das ist uns ganz gut gelungen.“¹⁵

Die Kooperation mit der BRD war eng und vor allem auf die Bedrohung durch den Linksextremismus ausgelegt. Außerdem war Österreich ein Rückzugs- und Transitland für die RAF, weshalb es ab Mitte der 1970er Jahre zu einigen Raubüberfällen bzw. einer Geldbeschaffungsaktion, der Entführung des Industriellen Walter Palmers, kam. Als im Herbst 1977 palästinensische Terroristen als Unterstützung für die RAF eine Lufthansa-Boeing nach Mogadischu entführten, machte der westdeutsche Staatsminister Hans-Jürgen Wischniewski, der die Durchführung eines erfolgreichen Befreiungsversuchs politisch vorbereitete, auch in Wien Station. Laut Lanc diskutierte man im Privathaus von Bundeskanzler Kreisky die Lösung der Geiselkrise: „Wischniewski war davon überzeugt, dass die Ausbildung der deutschen Antiterrorgruppe GSG9 soweit fortgeschritten war, dass eine gute Chance bestand, dieses Flugzeug zu knacken, die Terroristen festzunehmen, ohne dass den Passagieren etwas geschieht.“ Weil es einen sehr engen Kontakt zwischen GSG9 und dem GEK gab, ließ Lanc dieses Szenario noch von seinen eigenen Experten durchspielen – diese meinten, dass alle Voraussetzungen für einen Erfolg gegeben seien: „Die Deutschen wussten selber, was sie zu tun hatten. Aber auf der anderen Seite wollten sie doch wissen, ob wir eventuell Erfahrungen oder Informationen haben, die sie zu einer anderen Haltung bewegen könnten.“¹⁶

Innenminister Karl Blecha knüpfte in den 1980er Jahren noch weitere enge Kontakte zu Geheimdiensten im Nahen Osten und in Nordafrika: „So haben wir viele Informationssteine bekommen, die man dann zu einem Mosaik zusammenfügen konnte. Wir hatten wahrscheinlich das beste Netzwerk im arabischen Raum von allen europäischen Staaten. Heute gibt es das alles nicht mehr.“¹⁷ Abgesehen von den formellen Kontakten gab es natürlich auch eine diskrete Zusammenarbeit zuständiger Stellen mit ausländischen Geheimdiensten. „In informierten Kreisen“, berichtete die Tageszeitung *Kurier* 1973, „ist es kein Geheimnis, dass Österreichs Staatspolizei inoffizielle, ja sogar private Kontakte zu, wenn auch nur wenigen ausländischen Kollegen unterhält und auf deren Informationen mitunter sogar ange-

wiesen ist. Es ist aber ein Tabu, und man spricht nicht darüber.“¹⁸ Oswald Peterlunger, zwischen 1969 und 1975 Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit, nannte diesen Informationsaustausch „Kompensationsgeschäfte“: Gerade angesichts der terroristischen Bedrohung wäre man „gezwungen, eng mit ausländischen Diensten zusammenzuarbeiten“. Einen „guten Kontakt“ in dieser Angelegenheit habe man zum Mossad, offenbarte Peterlunger 1972.¹⁹ Zu diesem Zeitpunkt leistete der israelische Mossad vor allem in den frühen 1970er Jahren, als die Bedrohung für die jüdischen Emigranten am akutesten war, Unterstützung. So wurden Anfang 1973, zumindest in der Anfangsphase, israelische „Dolmetscher“ für die Verhöre von sechs in Haft genommenen Palästinensern hinzugezogen. Letztere waren Angehörige des „Schwarzen September“, die, wie eingangs erwähnt, bei der Vorbereitung einer Geiselnahme aufgefliegen waren.²⁰ Jahre später kursierten in den Medien Gerüchte, wonach es den Israelis aufgrund der so gewonnenen Informationen erst möglich gewesen war, in der Nacht vom 9. auf den 10. April 1973 einen spektakulären Vorstoß nach Beirut zu unternehmen, um dort mehrere PLO-Führer zu eliminieren (Operation Spring of the Youth).²¹

TERRORPRÄVENTION: AUSSENPOLITISCHE INITIATIVEN IM NAHEN OSTEN

Die dritte und wichtigste Komponente der österreichischen Antiterrorpolitik waren außenpolitische Initiativen im Nahen Osten. Schon in den 1970er Jahren hatte sich klar herausgestellt, dass arabische Regime eine Schlüsselrolle hinter den Kulissen des internationalen Terrors spielten. Irak, Libyen, Syrien und der Südjemen, alle Satelliten der UdSSR, förderten die Aktivitäten der einzelnen Gruppen, boten ihnen Unterschlupf und sorgten für Ausbildungsmöglichkeiten. Die Indienstnahme von Terroristen, etwa der Abu-Nidal-Gruppe oder der Organisation Internationaler Revolutionäre von Ilich Ramirez Sanchez, genannt „Carlos“, bot den Geheimdiensten dieser Staaten eine Möglichkeit, gegen regionale Rivalen, Dissidenten im Ausland oder die interne Opposition vorzugehen. Gleichzeitig waren die Terroristen eine Stellvertretermacht zum Einsatz gegen Israel, moderate arabische Regime und gegen westliche „Einmischung“ im Nahen Osten. Der österreichische Botschafter in Bagdad sandte 1977 einen Bericht nach Wien, in dem er die

Verbindung zwischen dem Irak und verschiedenen terroristischen Gruppen anschaulich beschrieb: „Fest steht, dass es hier Ausbildungslager für Terroristen (Guerillas) gibt, deren Insassen einerseits gegen Israel, andererseits aber auch gegen andere arabische Länder (vor allem Syrien und Jordanien) eingesetzt werden. In der Panarabischen Führung der Baathpartei besteht ein ‚Palestine Armed Struggle Bureau‘, welches zusammen mit den militärischen und zivilen Nachrichtendiensten die Ausbildung dieser Leute beaufsichtigt und den Kontakt mit der arabischen und ‚verbündeten‘ Terrorszene aufrechterhält. Der venezolanische Terrorist Carlos soll im September 1976 zumindest am Flughafen in Bagdad gesehen worden sein.“ Es stellte sich daher die Frage, „inwieweit das hiesige Regime wissentlich mit Palästinensern und RAF-Leuten an der Vorbereitung neuer Terrorakte gegen die Bundesrepublik (und auch gegen Österreich?) mitwirkt. Bagdad hat die seit Jahren zu beobachtende ‚Waffenbrüderschaft‘ zwischen diesen Gruppen akzeptiert, wenn nicht gefördert, aber hierbei doch den Schwerpunkt auf Aktivitäten im arabischen Raum oder für (irakisch-)arabische Belange gelegt. [...] es ist auch denkbar, dass die oberste Führung des Irak in die Verfilzungen zwi-

schen den beiden Terrorgruppen nicht im einzelnen hinsehen will, um den Nutzeffekt, welchen man aus dieser Kooperation für die eigenen Zwecke erlangt, nicht aufs Spiel zu setzen.“²²

Als „Pate“ des internationalen Terrorismus galt seit Anfang der 1970er Jahre vor allem der libysche Machthaber Muammar al-Gaddafi, der neben Guerillabewegungen in Niger und Mali und islamischen Aufständischen auf den Philippinen auch die terroristische nordirische IRA, palästinensische Gruppen und die Japanische Rote Armee unterstützte. Otto Pleinert, österreichischer Botschafter in Tripolis, fasste 1975 seinen persönlichen Eindruck vom Revolutionsführer so zusammen: „Qathafi spielt, wie andere arabische Politiker, mit hohem Einsatz das berauschende Spiel um die Macht. Man sollte ihn nicht unterschätzen. Qathafi ist weder ein Operettenoberst noch ein finster brütender Dr. Mabuse. Intelligenz (die nicht im Widerspruch steht zu einer möglichen Geisteskrankheit), mangelndes Wissen, persönliche Ausstrahlung, fanatisches Sendungsbewusstsein, Dollarmilliarden zu seiner nahezu unumschränkten Verfügung und Ambitionen, die viel zu groß sind für Libyen, machen ihn zu einer ernst zu nehmenden Gefahr.“²³



Tripolis 1977: Muammar al-Gaddafi (links mit Umhang), Houari Boumediene (Mitte) und der syrische Staatschef Hafez al-Assad (rechts).
Quelle: Wikimedia Commons.

Als Kreisky 1975 Gaddafi im Rahmen seiner Fact-Finding-Mission für die Sozialistische Internationale (SI) aufsuchte, kritisierte dieser die jüdische Emigration scharf – und warnte auch jene Länder, welche diesen Prozess ermöglichten: „Nicht die Palästinenser, die in Selbstverteidigung zu den Waffen greifen, sind die Terroristen. Die Terroristen sind die Emigranten, die die anderen vernichten wollen. Jeder, der die Immigration zulässt oder Waffen liefert, nimmt am Krieg gegen die Palästinenser teil und ist ein Kriegsverbrecher. [...] Jedenfalls muss die Einwanderungswelle nach Israel gestoppt werden; die Einwanderer sollen in ihre Ursprungsländer zurück. [...] Viele Länder, wo Sozialisten an der Macht sind, fördern die Emigration nach Israel und schicken noch Geld. Die SI trägt die Verantwortung für diese Politik. Wenn die Sozialisten für Frieden und Koexistenz sind, dann sollen sie für die sofortige Beendigung der Emigration eintreten.“²⁴

Der Bundeskanzler war sich daher der Gefahr, die von Libyen auch für Österreich ausging, nur allzu bewusst. „Das Interesse Kreiskys an Gaddafis Politik bestand darin, dass dieser auf radikale Kreise im arabischen Raum und in Europa einen großen Einfluss hatte“, erinnerte sich Erwin Lanc und fügte hinzu: „Nach unseren Informationen war Libyen zeitweise für diese Leute eine Ausbildungsstätte. Daher war Gaddafi auch ein Hort der Bedrohung. Außerdem wollte Kreisky, der ein sehr neugieriger Mensch war, im direkten Kontakt feststellen, wie Gaddafi denkt.“²⁵ Schon 1990 – im Rahmen des „Noricum“-Prozesses – hatte Lanc festgehalten, dass es gegenüber „Leuten dieser Entwicklung und dieses Zuschnittes, wie es Gaddafi war“, besser gewesen sei, „ein Minimum an Kontakt zu pflegen, als ihn links liegen zu lassen und hinterher vollkommen unkontrollierbar zu machen“. Dies sei „durchaus zum Nutzen der Sicherheit der Österreicher“ gewesen, weil es so möglich gewesen sei, einige Terroranschläge zu verhindern: „Nur kann man solche Dinge nicht an die große Glocke hängen.“²⁶ Hinzu kam, dass Libyen für die exportabhängige österreichische Wirtschaft damals einen interessanten Handelspartner darstellte. Es gab also immer auch ein ökonomisches Motiv für die Nahostpolitik, das mitberücksichtigt werden sollte. Schon 1976 hatte Gaddafis Stellvertreter Abd al-Salam Jallud im Rahmen einer offiziellen Visite die Weichen für eine umfangreiche Kooperation gestellt, die schließlich 1979 im Auftrag an den VOEST-Konzern zum Bau des Stahlwerks Misurata,

dem damals größten Schwerindustriekomplex in Afrika, gipfelte.²⁷

Kreisky versprach sich viel davon, Gaddafi von seinem radikalen politischen Weg abzubringen und zu mäßigen. Im Dezember 1980 hatte der Bundeskanzler von einem Vertrauten die Nachricht erhalten, dass Gaddafi ernsthaft darüber nachdenke, eine Neuorientierung seiner Politik vorzunehmen: „Er wolle sich stärker Westeuropa zuwenden und die einseitigen Beziehungen zur Sowjetunion lockern.“ Dabei gelte Gaddafis besonderes Interesse den sozialdemokratischen Parteien in Europa. Im Januar 1981 erhielt Kreisky ein weiteres Signal, dass der Revolutionsführer bereit sei, „jederzeit nach Wien zu kommen“, um diese Angelegenheit persönlich zu besprechen. Dieser Besuch, der erste Gaddafis in einem westlichen Land, kam „früher“ zustande, als es Kreisky erwartet hatte – bot aber Gelegenheit, an die große Tradition Wiens als „Begegnungsort“ anzuschließen.²⁸ Das internationale Echo war durchwegs negativ, wie sich der damalige österreichische Botschafter in Libyen, Erwin Matsch, erinnert: „Der Gaddafi-Besuch in Wien war eine Sondertour von Kreisky, vorbei an den offiziellen Kanälen. Ich frage mich, ob der damalige Außenminister Pahr vorzeitig überhaupt informiert gewesen ist. Dieser Besuch hat uns international sehr geschadet und zwar mit Langzeitwirkung. Meinem Wissen nach ist damals der amerikanische Botschafter mehr als ein Jahr von seinem Posten abwesend gewesen. Wirtschaftlich hat uns das Ganze wahrscheinlich nichts gebracht. Doch Kreisky glaubte wieder einmal große Politik machen zu können.“²⁹ In der Tat hatte ein amerikanischer Diplomat schon am 17. September 1981 vorgefühlt und klargestellt, dass man es seitens der USA „vorziehen“ würde, „dass ein Besuch Gaddafi’s in Österreich nicht stattfindet, falls man sich davon auf österreichischer Seite nicht einen besonderen politischen Gewinn erhoffen könne (z.B. im Sinne einer Änderung der bisherigen libyschen Politik).“³⁰

Am Tag von Gaddafis Ankunft in Wien, dem 10. März 1982, erhielt Kreisky eine kurze Notiz mit besorgniserregendem Inhalt: „Laut Mitteilung des Heeresnachrichtenamtes hat einer der österr. Militärattachés aus arabischer Quelle erfahren, dass kürzlich ein Vertrag zwischen Libyen und der UdSSR über die Errichtung eines Reaktorzentrums in Libyen im Wert von 6 bis 8 Milliarden Dollar abgeschlossen worden sei.“³¹ Hierbei handelte es sich offenbar um eine Falschmeldung, denn abgesehen von einem

bereits 1979 gebauten Versuchsreaktor sollte das Gaddafi-Libyen nie über weiter gehende Kapazitäten verfügen.³² Wesentlich realer waren damals die Spannungen zwischen Libyen und den USA, weshalb Kreisky im Rahmen des Treffens deutlich machte, dass er gerne „alles“ tun wolle, „um zu einem besseren Verständnis in Europa für Libyens Politik und für Oberst Gadhafi persönlich beizutragen, denn er schätze seine persönliche Leistung sehr. [...] Er wolle nichts von Gadhafi und habe keine persönlichen Interessen, außer jenen nach guten Beziehungen. Er wolle keine Geschenke für Österreich, Libyen solle nur das kaufen, was es kaufen wolle.“³³ Letztere Bemerkung hing auch damit zusammen, dass der dreitägige Staatsbesuch von VOEST-Generaldirektor Heribert Apfalter eingefädelt worden war und von daher eine wirtschaftliche Schlagseite hatte. So wurde in den Medien über den erfolgreichen Abschluss eines Waffengeschäfts spekuliert. „Ungeachtet dessen, dass die Regierung Österreichs diese Meldungen offiziell zurückwies, verfügen wir über Informationen, die darauf hinwiesen, dass während des Besuchs von Gaddafi eine Übereinkunft über den Verkauf von 200 österreichischen Panzern ‚Kürassier‘ getroffen wurde, die mit nach einer englischen Lizenz hergestellten Waffen ausgestattet sind, die mit Laseranlagen aus Frankreich ausgerüstet sind“, wusste das MfS zu berichten.³⁴ Am 20. November 1984 wurde dann tatsächlich der größte Rüstungsdeal in der Geschichte der VOEST mit Libyen vereinbart. Für geschätzte 10 Milliarden Schilling (ca. 700 Millionen Euro) kaufte die libysche Seite 200 „Noricum“-Haubitzen und eine Million Granaten.³⁵ Dabei handelte es sich nur um ein Scheingeschäft: Die Lieferungen gingen illegalerweise in den Iran und Libyen stellte dafür falsche Endabnehmerbescheinigungen zur Verfügung. Worin genau Gaddafis Rolle im sogenannten „Noricum“-Skandal bestanden hatte, wurde aber nie wirklich aufgeklärt.

Wie bereits erwähnt, wollte Kreisky schon vor dem Staatsbesuch ernsthafte Anzeichen für eine Wende in Gaddafis Politik erkannt haben, wie er seinem Amtskollegen und Parteifreund, dem deutschen Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD), in einem vertraulichen Schreiben mitteilte: „Ich glaube, dass Gaddafi aus seiner eigenen Situation heraus bemüht ist, seine Beziehungen zum Westen zu verbessern. Die derzeitigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten Libyens dürften diesen Wunsch dringlicher erscheinen lassen, seine Verwirklichung aber auch erschweren.

Es wird für Gaddafi sicher nicht leicht sein, sein bisheriges Image im Westen als Schutzpatron so gut wie jeder terroristischen Bewegung zu ändern. Dennoch glaube ich, dass es im wohlverstandenen Interesse des gesamten Westens sein müsste, den Annäherungsversuch Gaddafis nicht von vornherein zurückzuweisen. Gaddafi scheint mir durchaus bereit, bei seinen Bemühungen auch konkrete Gesten zu setzen.“ Was die kritische Frage des Terrorismus angehe, so verurteile Gaddafi zwar „verbal“ jede Art von politischer Gewalt, füge aber sogleich hinzu, „dass er sich dabei bemühe, die Beweggründe der dahinterstehenden politischen Gruppen zu verstehen. Er glaubt auch, dass man den Terror nicht nur als Erscheinungsform bekämpfen könne, sondern seine Ursachen beseitigen müsse. Von den Palästinensern meint er, dass diese mit Gewalt aus ihrer Heimat vertrieben wurden und daher auch das Recht hätten, ihre Heimat mit Gewalt zurückzugewinnen. (Für ihn sei das ganze Nahost-Problem in diesem Satz enthalten).“³⁶



Ex-Bundeskanzler Bruno Kreisky (links) bei einem Treffen mit Gaddafi 1985 in Tripolis. Quelle: Stiftung Bruno Kreisky Archiv.

Ungeachtet der Tatsache, dass Kreisky von Gaddafi in Wien auch gebeten worden war, zwischen Libyen und den USA zu vermitteln, eskalierten die Spannungen mit der Reagan-Administration in den Jahren 1981-1986 bis hin zu mehreren militärischen Konfrontationen. Allein schon aus diesem Grund stellte Gaddafi seine Förderung von terroristischen Gruppen nicht ein. Ab 1984/85 beherbergte er zudem die Gruppe des PLO-Abweichlers Abu Nidal, die in den 1980er Jahren mehrfach österreichische Ziele angriff. Basierend auf Quellen im arabischen Raum erarbeitete das MfS in den 1980er Jahren eine detaillierte Zusammenfassung der Präsenz

Abu Nidals: „Mittels seiner umfangreichen Hilfeleistungen gelang es Libyen in der Vergangenheit, diese Gruppe teilweise für die Umsetzung eigener Interessen auszunutzen, was deren Stellenwert in den libyschen Plänen bestimmte. Das Hauptquartier der ANG [Abu-Nidal-Gruppe] befindet sich nach wie vor in Libyen. Von den ca. 50 Führungskräften dieser Gruppierung residiert die überwiegende Mehrheit dort. Die libysche Führung hatte ihnen Häuser in Tripolis sowie Abu Nidal zusätzlich eine Villa in Sirt zur Verfügung gestellt. Abu Nidal hält sich aber auch gelegentlich in Algerien auf. Seine persönlichen Beziehungen zu Ibrahim Bishari, dem Leiter der Jamahiriya-Sicherheit, aber auch zu Ghaddafi selbst wurden als eng charakterisiert. Im Gegensatz zu anderen palästinensischen Organisationen ist die ANG in Libyen jedoch nicht offiziell in Erscheinung getreten. [...] Es liegen Hinweise vor, nach denen sich zwei Ausbildungs- bzw. Wohnlager der Gruppe in der Nähe von Ghariyan bzw. Yifrem (Orte ca. 80-

100 km süd-/südwestlich von Tripolis) befinden. Im Stadtgebiet von Tripolis (Ghargarish-street) unterhält die Gruppe zwei konspirative Büros.“³⁷

An die Wandlungsfähigkeit Gaddafis hatte damals nicht nur Kreisky geglaubt: Beispielsweise besuchten Ende der 1970er Jahre auch zahlreiche westdeutsche Politiker wie Innenminister Baum und Außenminister Hans-Dietrich Genscher Libyen. Einerseits wollte man sich der libyschen Öllieferungen versichern. Andererseits wurde der Kontakt genutzt, um eine „Terrorschonzeit“ für die Bundesrepublik zu verabreden.³⁸ Nachdem Gaddafi nach 2001 im internationalen Antiterrorkampf kooperierte und finanzielle Entschädigungszahlungen für die Opfer der von Libyen gesponserten Terrorakte in den 1980er Jahren leistete, gelang es ihm, die jahrzehntelange internationale Isolation aufzubrechen. Ab 2004 wurde er wieder als Handelspartner von zahlreichen westlichen Staatschefs hofiert – bis sein Regime im Zuge des „arabischen Frühlings“ 2011 unterging.



Gaddafi (ganz rechts) auf dem G-8 Gipfel in L'Aquila 2009. Ganz links Italiens Ministerpräsident Silvio Berlusconi, 3. und 4. von links Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy und US-Präsident Barack Obama. Quelle: Wikimedia Commons.

GUTE BEZIEHUNGEN ZUR PLO

Es gab noch einen weiteren wichtigen Kontakt in den Nahen Osten: zu PLO-Führer Jassir Arafat. Kreisky hatte schon früh die Bedeutung der PLO als Vertreterin der palästinensischen Interessen erkannt. 1974 hatte Arafat vor den Vereinten Nationen seine Bereitschaft

bekundet, mit Israel zu verhandeln. Diese Erklärung leitete eine Neuorientierung der PLO ein, weg vom internationalen Terrorismus, hin zur Diplomatie. Kreisky trachtete danach, diese „Normalisierung“ zu unterstützen und zwar auf zweifache Weise: Einerseits protegierte er einen geheimen Dialog zwischen PLO-Emissären und der israelischen Friedensbewe-

gung. Andererseits sorgte er für die Vernetzung von PLO-Repräsentanten mit Entscheidungsträgern der Sozialistischen Internationale (SI) und fungierte als Gastgeber für die ersten Empfänge Arafats auf dem diplomatischen Parkett. Vor allem aber erkannte Österreich als erster westlicher Staat die PLO offiziell an, um damit eine internationale Vorbildwirkung zu entfalten. Auf diese Weise würde es Arafat möglich sein, die innerlich zersplitterte PLO hinter einer friedlichen Lösung des Konfliktes zu vereinen und letztlich auch Terror von Österreich fernzuhalten. Die Beziehungen zur PLO beinhalteten auch eine diskrete Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich. So fand beispielsweise am 24. November 1977 ein Geheimtreffen in Wien statt, an dem ein Mitarbeiter des westdeutschen Staatsministers Hans-Jürgen Wischniewski und der PLO-Sondergesandte Issam Sartawi sowie der „rote Prinz“, Ali Hassan Salameh, teilnahmen. Letzterer war nicht nur Befehlshaber von Arafats Leibwache „Force 17“, sondern galt als Drahtzieher der Münchner Olympia-Anschläge von 1972. Auf der Tagesordnung stand nicht bloß eine verstärkte internationale Zusammenarbeit zwischen Österreich, Deutschland und der PLO, sondern auch die Frage, ob die BRD „als stärkstes Land in Westeuropa“ bereit wäre, ihren Einfluss zu Gunsten einer internationalen Anerkennung der PLO einzusetzen. Im Gegenzug boten Sartawi und Salameh Unterstützung bei der Terrorismusbekämpfung an, die sich 1977 nach der Entführung des deutschen Arbeitgeberpräsidenten Hanns-Martin Schleyer auf einen Höhepunkt zubewegte. Insbesondere Salameh versprach, durch Informationsübermittlung an die westdeutschen Behörden „den Terrorismus für die nächsten 10 Jahre stillzulegen“.³⁹

Während der Anschlagswelle in den 1980er Jahren unterstützte der in Paris angesiedelte PLO-Sondergesandte Sartawi die Ermittlungen der österreichischen Behörden. Er erarbeitete einen „Questionnaire“ als Grundlage für die Verhöre der inhaftierten Attentäter, um diese psychologisch so unter Druck zu setzen, dass sie kooperierten. Als wirksamstes Mittel wurde die Androhung einer Auslieferung an die PLO vorgeschlagen, was einem Todesurteil gleichgekommen wäre. Die Ergebnisse aus den Verhören besprach Innenminister Lanc dann persönlich mit Sartawi bei Treffen in einer Wiener Innenstadtwohnung.⁴⁰ Über den PLO-Mann wurde weiters ein regelrechtes Frühwarnsystem installiert – Sartawi warnte persönlich zuständige Stellen, darunter den Leiter

der Kriminalpolizei am Wiener Flughafen, Alfred Rupf, über verdächtige Reisebewegungen: „Issam Sartawi hat mich einmal direkt angerufen und hat gesagt, da sind Leute unterwegs. Was sie wollen, weiß ich nicht, nur den Namen einer Person. Diesen einen haben wir dann kassiert.“ Der Verdächtige hatte einen saudi-arabischen Pass, der gefälscht war. Bei den Einvernahmen rief der Mann dann nur „Allah akbar“, und man konnte ihm nichts nachweisen: „Die Saudis sind sofort gekommen und wollten den Verdächtigen, ich glaube es war ein Iraner, mit einer Privatmaschine ausfliegen. Nach zwei bis drei Tagen hat es dann geheißen, wir sollen ihn nach Zypern fliegen lassen. Den Saudis wollte man den Verdächtigen nicht schicken, weil die ihn vielleicht hingerichtet hätten.“ Sartawi habe die Behörden immer gewarnt, wenn das Risiko von Attentaten bestand, so Rupf: „Er hatte ja einen höheren Rang in der PLO und hat so vieles erfahren, was er dann weitergeben hat.“⁴¹ Diese enge Kooperation könnte ein Motiv für die Ermordung Sartawis durch einen Killer der Abu-Nidal-Gruppe 1983 im portugiesischen Albufeira gewesen sein.

Der Informationsfluss war natürlich nicht einseitig, sondern funktionierte nach dem Grundsatz „geben und nehmen“. Dazu existiert ein aufschlussreiches MfS-Dokument, das an den Stellvertreter von General Erich Mielke adressiert war und Angaben zur „internationalen Terrorszene“ enthält. Demnach sprach Ende November 1980 ein hoher österreichischer Vertreter im Beirut Büro des PLO-Geheimdiensts („Vereinigte Sicherheit“) vor (der Name der betreffenden Person ist im Dokument geschwärzt, nach Meinung des Autors könnte es sich um Herbert Amry, der von 1978 bis 1981 Botschafter in Beirut war, gehandelt haben). Der Besucher informierte darüber, dass eine BRD-Bürgerin mit einem gefälschten libanesischen Pass ein Einreisevisum in der österreichischen Botschaft beantragt hatte. Bei der Überprüfung habe sich herausgestellt, dass es sich um die gesuchte RAF-Terroristin Silke Maier-Witt handelte. Der österreichische Vertreter fragte daher seine Gesprächspartner, ob er angesichts der Sachlage ein Visum erteilen sollte: „Die PLO-Sicherheit empfahl, kein Visum auszustellen, da sich für Österreich eventuell dadurch unnötige Probleme ergeben könnten.“ Danach sprach der Besucher ein Thema an, das für die PLO-Geheimdienstleute von großem Interesse war: Wenige Monate zuvor, im Mai 1980, war deutschen und französischen Fahn-

dem ein großer Schlag gegen den internationalen Terrorismus gelungen. In der Pariser Rue Flatters Nr. 4 verhafteten sie fünf Angehörige der RAF und stellten darüber hinaus viel Beweismaterial sicher. „Ein Pharaonengrab, aus dem sich trüchtige Dinge entwickeln werden“, schwärmte der Chef des Bundeskriminalamts, Horst Herold.⁴²

Die kritische Frage, wie das „safe house“ aufgefliegen war, beschäftigte in der Folge nicht nur die Terroristen selbst, sondern auch „befreundete“ Dienste im Nahen Osten und Osteuropa. Und so war die PLO-Sicherheit dankbar, als ihnen nun die „Vermutung“ offenbart wurde, dass sich innerhalb der Palästinensischen Volksbefreiungsfront (PLFP), die in enger Kooperation mit dem westdeutschen Linksextremismus stand, ein Verräter befände, „der Informationen an die französische Botschaft in Aden weiterleite.“ Auf Grundlage dieser Tipps seien die RAF-Terroristen dann verhaftet worden. Diese Erkenntnis teilte die PLO wiederum dem MfS mit. An der Glaubwürdigkeit des Informanten wurde nicht gezweifelt: „[geschwärzt] habe in der Vergangenheit schon mehrfach wertvolle Informationen an Abu Ayad persönlich weitergeleitet (u. a. Aktivitäten der Rechtskräfte). Ferner habe er diesen im Auftrag von Bundeskanzler Kreisky [Fehler im Original] angeboten, im Falle einer persönlichen Notlage österreichische Pässe zur Verfügung zu stellen.“⁴³

Die Informationen von der PLO und von befreundeten Diensten waren deswegen so unverzichtbar, weil Österreich traditionell über keinen zivilen Auslandsgeheimdienst verfügt. Wichtige Erkenntnisse lieferten ansonsten noch die Botschaften im Nahen Osten. Welches Risiko damit verbunden war, zeigte sich am Schicksal von Kriminalgruppeninspektor Gerhard Loitzenbauer: Der Attaché der Botschaft in Beirut wurde am 23. Juni 1984 auf offener Straße erschossen. Davor hatte Loitzenbauer ein Informationsnetzwerk betreut, das von der libanesischen Hauptstadt direkt zum Generaldirektor für öffentliche Sicherheit und zu Innenminister Lanc reichte. Aufgrund von Loitzenbauers Tipps konnte 1981 ein palästinensischer Waffenschmuggler auf dem Flughafen Schwechat abgefangen werden.⁴⁴ Der Tod des Attachés wurde von den libanesischen Behörden als Raubmord dargestellt, was jedoch als sehr unwahrscheinlich gelten muss. So wurde damals vermutet, dass Loitzenbauer als Vergeltung für eine nicht eingehaltene Abmachung sterben musste. Darüber hinaus soll es eine undichte Stelle in der Botschaft oder im Wiener

Außenamt gegeben haben, die auch Informationen hinsichtlich Loitzenbauers Rolle durchsickern ließ.⁴⁵

DIE TERROROFFENSIVE IN DEN 1980er JAHREN

Die Terrorprävention war jedoch nur bedingt erfolgreich. Franz Parak, Österreichs Botschafter in Syrien, hatte Kreisky schon 1981 in einem persönlichen Schreiben gewarnt: „Ich kann mit diesem meinem Brief keine neuen Elemente bringen, möchte aber nur meine Meinung äussern, dass man unter allen Umständen vermeiden sollte, sich allzu sehr für innerarabische und innerpalästinensische Angelegenheiten einspannen zu lassen und Kastanien aus dem Feuer zu holen, die oft den hiesigen zu heiß sind. Man hat dann nur Probleme und keine Hilfe.“⁴⁶ Es zeigte sich, dass Arafat nicht in der Lage (oder willens) war, die fraktionierte PLO zu kontrollieren. So ist mittlerweile belegt, dass radikale Elemente im PLO-Geheimdienst sogar geplant hatten, den ägyptischen Präsidenten Anwar as-Sadat zu ermorden, und zwar ausgerechnet während eines halboffiziellen Besuchs bei Kreisky in Salzburg 1981.⁴⁷

Von einer Normalisierung war die PLO Anfang der 1980er Jahre überhaupt noch weit entfernt – vielmehr dürften diplomatische und terroristische Initiativen konsequent nebeneinander verfolgt worden sein, je nachdem, wo sich gerade ein konkreter Vorteil bot. Die israelische Libanoninvasion 1982 führte dann zu einer neuerlichen Radikalisierung. Gleichzeitig wurden die moderaten Kräfte innerhalb der Bewegung empfindlich geschwächt, weil Verhandlungen kaum greifbare Resultate gebracht hatten. Dafür erlebten die Hardliner neuen Auftrieb. Hier ist vor allem die Gruppe von Sabri al-Bana, alias Abu Nidal, zu nennen. Der ehemalige PLO-Funktionär hatte sich spätestens 1974 mit Arafat überworfen und vertrat weiterhin die Linie vom bewaffneten Kampf als einziges Mittel zur Befreiung Palästinas. Abwechselnd unterstützt von Irak, Syrien und Libyen waren die PLO und ihre von der Fatah dominierte Führung für Abu Nidal ein Hauptangriffsziel. Im Visier seiner Gruppe standen vor allem gemäßigte Exponenten, aber auch jene Länder, die den Nahostkonflikt mit diplomatischen Mitteln zu entschärfen trachteten. Für seine Sponsoren war Abu Nidal somit ein perfekter Handlanger, um die immer unabhängiger agierende PLO unter Druck zu setzen und ausländische „Einmischung“ durch Terror abzuschrecken.⁴⁸



Ronald Reagan (1911-2004, US-Präsident von 1981 bis 1989, ganz rechts) erhält ein Briefing über Abu Nidal. Quelle: Wikimedia Commons.



Wien, Seitenstettengasse. Hier fand 1981 ein Anschlag auf die jüdische Synagoge statt. Quelle: Foto im Besitz des Autors.

Was Österreich anging, so betrachtete vor allem das syrische Assad-Regime Kreiskys Initiative für die PLO mit Argwohn, weil es selbst die alleinige Kontrolle über die palästinensische Bewegung anstrebte – als Mittel im Kampf gegen Israel und für die eigene Vormachtstellung. Terror gegen Österreich war daher ein probates Mittel, um dessen Unterstützung für Arafat aufzubrechen. Und so geriet Österreich, ebenso wie andere PLO-freundliche Länder (Italien, Griechenland) in den 1980er Jahren in das Fadenkreuz von Abu Nidal. Am 1. Mai 1981 wurde der Wiener Verkehrsstadtrat Heinz Nittel erschossen. Wenige Monate später, am 29. August 1981, attackierten

zwei Attentäter Gläubige vor der Synagoge in der Wiener Innenstadt. Am 27. Dezember 1985 überfiel dann ein Terrorkommando den Schalter der israelischen Fluglinie El-Al am Flughafen Schwechat und hinterließ drei Tote und 47 Verletzte.

Belege aus dem Archiv des MfS zeigen den Zusammenhang zwischen dem Terror und der Nahostpolitik Kreiskys auf. Von einem Informanten in der „Carlos“-Gruppe hatte das MfS 1981 Folgendes über die Motive der „Erschießung des österreichischen Bürgers Nittel“ erfahren: „Da Abu Nidal gegen eine politische Lösung des Palästina-Problems auftritt, habe er offensichtlich durch den Anschlag auf Nittel Arafat zeigen wollen, dass die Gruppe Abu Nidal nicht tatenlos zusieht, wenn Kompromisse mit den USA oder anderen imperialistischen Staaten eingegangen werden.“⁴⁹ Ein weiterer Bericht vom Oktober 1981 wies auf die Rolle Syriens im Hintergrund hin: „Alle Aktivitäten Abu Nidal’s richten sich gegenwärtig gegen die Politik Arafat’s und gegen die Initiativen einiger europäischer Länder zur Lösung der Palästina-Frage. Es wird zum Ausdruck gebracht, dass Syrien nicht an einer Lösung des Palästina-Problems bzw. am Abschluß eines Friedensvertrages, in dem es keine führende Rolle einnimmt, interessiert ist. Aus diesem Grund erfolgt auch durch Syrien die Unterstützung

Abu Nidal's. Die Ermordung Nittel's wird als Warnung für Kreisky bezeichnet, welcher seine Vermittlerrolle zwischen Israel und der PLO einstellen soll. Kreisky soll Geheimdokumente seiner Vermittlertätigkeit über die syrische Botschaft in Österreich an die Palästinenser übergeben haben.⁵⁰ Das Flughafenattentat in Schwechat 1985 wiederum erklärte ein hochrangiger palästinensischer Informant mit dem Umstand, dass Österreich „in den Augen Abu Nidals seit längerem

eine politische und militärische Stütze für die Arafat-PLO“ darstelle.⁵¹ Eine andere „zuverlässige Quelle“ meldete, Österreich sei attackiert worden, weil es in letzter Zeit die „Friedensbemühungen des Jassir Arafat“ unterstütze. Das Land solle dazu gebracht werden, sich von der PLO abzuwenden, „so dass Arafat seinen Einfluss innerhalb der PLO immer mehr verliert und er im Endeffekt abgelöst wird.“⁵²



Von links nach rechts: Saddam Hussein (Irak), Hafez al-Assad (Syrien), Abd al-Aziz Bouteflika (Algerien) und Abd al-Halim Khaddam (Vizepräsident Syriens). Quelle: Wikimedia Commons.

Während Arafats Position ungefährdet blieb, untergrub der Terror tatsächlich den öffentlichen Rückhalt für die österreichische Nahostpolitik. Das detaillierte Tagebuch von Handels- und Industrieminister Josef Staribacher (SPÖ) gibt Auskunft über Kreiskys interne Argumentation. Der Eintrag zu einer SPÖ-Partei Vorstandssitzung am 8. September 1981 lautet: „Zum Anschlag auf den Tempel in der Innenstadt und zur Haltung der Kultusgemeinde meint der Kanzler: Noch unter dem seinerzeitigen Innenminister Helmer⁵³ war es ausgemacht, dass über Österreich vor allem Juden aus dem Osten (vorwiegend aus Russland) ausreisen konnten. Dass dies die ganzen Jahre hindurch ohne große Zwischenfälle möglich war, zeugt sicher von einer guten und klugen Außenpolitik. [...] Zum Gespräch, das Arafat mit dem Bundeskanzler und mit Willy Brandt⁵⁴ führte, meinte der Kanzler, dass die Erklärung Arafats sehr klar und eindeutig

gewesen sei, nämlich: keine Attentate. Die Terrorgruppen kommen daher von anderer Seite, sie sehen ja in Arafat auch einen Verräter. Sie wollen weg von den demokratischen Staaten und vor allem weg von Amerika. Österreich wäre bisher, so tragisch die Attentate auch gewesen sein mögen, noch immer glimpflich davon gekommen. [...] Ausdrücklich und mahnend meint der Bundeskanzler, dass die Gefahr einer neuen großen Auseinandersetzung im Nahen Osten läge, und dass ein Frieden und eine friedliche Lösung niemals gegen, sondern nur mit der PLO garantiert werden könne.“⁵⁵

Am 1. September 1981, wenige Tage nach dem Anschlag auf die Wiener Synagoge, protokollierte Staribacher Kreiskys Erläuterungen folgendermaßen: „Er werde daher, was immer geschieht, seine PLO-freundliche Politik fortsetzen. Obwohl er keine Vermittlerrolle anstrebt, denn dazu müssten ihn ja

beide also auch die Israeli ersuchen. Er wird keine opportunistische Politik machen, er hält die Idee nicht dabei zu sein, sozusagen sich zu distanzieren falsch. [...] Kreisky meint, was immer er gesagt hat, ist ihm auch recht, er will niemanden auf seine Politik binden, doch er wird sie wie bisher fortsetzen. Kreisky meint auch, die Regierungsmitglieder sollten darüber berichten, wenn sie sich damit nicht identifizieren können, ist es ihm auch recht, wenn man sozusagen schweigt. Für Österreich hat diese arabisch-freundliche Politik große wirtschaftliche Vorteile. Die Araber sind nicht nur mit zwei Drittel die Energielieferanten der Welt, sondern auch die größten Weltgeldgeber. Schon aus diesen wirtschaftlichen Gründen können die Araber daher nicht politisch unterliegen. Seine Politik sei nicht Rechthaberei und schon gar nicht Altersstarrsinn, sondern durch ökonomische, aber auch politische Situation gegründet und werde fortgesetzt.“⁵⁶

Da in Folge der Anschläge 1981 drei Angehörige der Abu-Nidal-Gruppe in Haft genommen worden waren und die Organisation vor allem den darunter befindlichen „Führungsoffizier“ B. Younis befreien wollte, gab es weitere Drohungen. Daher autorisierte Kreisky noch 1982 einen ersten geheimen Dialog mit der Abu-Nidal-Gruppe. Herbert Amry traf sich mit Ibrahim Zakaria, einem Mitglied des Zentralkomitees.⁵⁷ Gleichzeitig übte man Druck auf die Sponsoren Abu Nidals aus, damit diese dessen Operationen von ihrem Territorium aus unterbanden. So forderte Kreisky von Saddam Hussein sogar die Auslieferung Abu Nidals. Und in Damaskus übergab Botschafter Franz Parak bei Minister Khaddam eine offizielle Protestnote: „Seine Antwort war: ‚Das gibt’s nicht. Das stimmt nicht.‘ Unsere Arabisch-Dolmetscherin wollte das kaum übersetzen. Khaddam war ein Raubein, aber insofern sympathisch, weil er ein direkter Mensch war. Er hat gewusst, dass ich protestieren muss. Es gab natürlich offiziell kein Feedback, er wird ja nicht sagen: ‚Ja wir sind schuld‘ oder ‚Ja wir unterstützen das.‘“⁵⁸ Die diplomatischen Vorstöße brachten also wenig konkrete Resultate; in beiden Fällen sollte erst nach massivem Druck durch die USA die Unterstützung Abu Nidals eingestellt werden.

Als die Geheimverhandlungen 1985 in einer Sackgasse endeten und die Terrorgruppe daraufhin den Anschlag auf dem Flughafen Schwechat verübte, war Kreisky bereits seit zwei Jahren nicht mehr im Amt. Allerdings hatte er noch versucht, über seinen Draht zu Gaddafi den sich abzeichnenden Terrorakt

zu verhindern. Knapp zwei Wochen vor dem Anschlag wurde der österreichische Botschafter bei der OECD, Georg Lennkh, in Tripolis vorstellig. Gaddafi sagte auch zu, entsprechend auf Abu Nidal einzuwirken.⁵⁹ Elf Tage nach dieser Unterredung fand der Anschlag in Schwechat trotzdem statt, wofür sich die „libysch-arabischen Führung“ bei Kreisky entschuldigte: „Als ihr Gesandter österreichische Informationen überbracht hatte, dass die Gruppe Abu Nidal Anschläge in Wien plant, sind wir unmittelbar danach von dem Ereignis auf dem Wiener Flughafen überrascht worden, bevor ein Kontakt mit ihm zustande gebracht werden konnte. In dem wir das was geschehen ist, sehr bedauern, möchten wir Ihnen zugleich versichern, dass wir weiterhin bei unseren ehrlichen Zusagen verbleiben und alle Anstrengungen tun werden, um die genannte Person zu kontaktieren, damit solche Vorfälle sich niemals wiederholen.“⁶⁰ Dem Journalisten Heinz Nußbaumer, der Anfang 1986 nach Tripolis kam, „um möglichst vertraulich Licht ins Dunkle der Bluttat von Schwechat zu bringen“, vertraute Gaddafi an: „Ich habe denen [der Abu Nidal-Gruppe] gesagt: Wir wollen nicht, dass dem befreundeten Österreich etwas passiert. Auch nicht, um Gefangene herauszupressen. Ich habe ein reines Gewissen, aber: Wer kann Palästinenser schon überreden, etwas nicht zu tun?“⁶¹



Der Schauplatz des Anschlags auf den Flughafen Schwechat 25 Jahre danach. Quelle: Foto im Besitz des Autors.

Um nach 1985 weitere Attentate zu vermeiden, wurde ein völlig neuer Weg eingeschlagen: Auf der einen Seite verstärkte Österreich den Druck auf die staatlichen Sponsoren im Nahen Osten, darunter vor allem auf Syrien. „Wir wollen von den Syrern wissen, woher genau die Terroristen von Schwechat gekommen sind. Dafür, dass sie aus Damaskus kamen, haben wir ihnen handfeste Indizien vorgelegt. Wenn sie jetzt nicht kooperativ sind, wird es Konsequenzen geben“, erklärte Innenminister Blecha kurz vor Ge-

sprächen mit seinem syrischen Amtskollegen Faruk Sharaa Anfang März 1986 in Wien.⁶² Im Rahmen einer darauffolgenden fünftägigen Reise Blechas nach Damaskus im Mai 1986 wurde dann formell beschlossen, „Untersuchungen und Erfahrungen auszutauschen und die bilaterale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Verbrechensbekämpfung und des Drogenschmuggels zu forcieren“.⁶³ Im Laufe des Jahres 1986 wurden weitere bilaterale Sicherheitskooperationen mit Jugoslawien, Algerien und Saudi-Arabien abgeschlossen.

Zusätzlich zu dieser außenpolitischen Offensive wurde eine verdeckte Strategie in die Wege geleitet: Nach Vermittlung durch den französischen Geheimdienst erlaubte man zwischen 1988 und 1993 eine Präsenz der Abu-Nidal-Gruppe in Wien. Die Staatspolizei stellte wechselnden Angehörigen der Organisation eine Wohnung zur Verfügung, die dann in Zusammenarbeit mit einem ausländischen Dienst überwacht wurde. Die Tätigkeit der Abu-Nidal-„Botschafter“ beschränkte sich im Wesentlichen darauf, Younis in der Haftanstalt Stein zu besuchen bzw. Kontakt zu den österreichischen Behörden zu halten. Hierbei ging es vor allem um die Bereitstellung medizinischer Hilfsgüter und die Durchführung einiger kostspieliger Operationen für palästinensische Gäste (darunter enge Familienangehörige von Abu Nidal) im Wiener Allgemeinen Krankenhaus. Obgleich risikoreich, gelang es auf diese Weise, die Sache „in die Länge zu ziehen“: Younis wurde erst 1995 freigelassen, nachdem er zwei Drittel seiner Haftstrafe abgesessen hatte.⁶⁴ Vor allem aber kam es zu keinem weiteren palästinensischen Terroranschlag in Österreich. Mitte der 1990er Jahre waren dann Abu Nidal und seine Gruppe längst in der Bedeutungslosigkeit versunken. Nach Ende des Kalten Krieges hatten die arabischen Regime ihre Unterstützung von Terroristen eingestellt, um im Gegenzug bessere Beziehungen zum Westen zu erhalten. Abu Nidal selbst starb erst 2002 unter ungeklärten Umständen in seinem irakischen Exil.

ZUSAMMENFASSUNG

Die österreichische Antiterrorpolitik zeichnete sich durch drei Prioritäten aus: Polizeiliche Aufrüstung, internationale Vernetzung und außenpolitische Kontakte in den Nahen Osten. Vor allem letztere Maßnahme diente dem Zweck, präventiv Sicherheit für Österreich zu schaffen – da das Land durch seine

Rolle als Schleuse bei der jüdischen Emigration nach Israel praktisch eo ipso in den Nahostkonflikt involviert war. Dass es nach anfänglichen massiven Störversuchen (Geiselnahme von Marchegg) keine weiteren Anschläge gab, ist der österreichischen Strategie sicher als Erfolg anzurechnen. Für Kreisky bestand daher der Beweis für die Richtigkeit seiner Politik darin, dass 15 Jahre hindurch 300.000 russische Juden über Österreich nach Israel ausgewandert seien – „ohne, dass jeden Monat in Schwechat eine Bombe explodiert ist“.⁶⁵ Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern wie der BRD, Italien und den Niederlanden, die im Verlauf der 1970er Jahre bei Geiselnahmen und Entführungen von der „weichen“ zur „harten“ Linie umschwenkten, blieb Österreich dabei, solche Krisen durch Verhandlungen zu lösen. In seinen Memoiren betonte Kreisky: „Mein oberster Leitsatz in der Politik war es immer gewesen, Menschenleben unter allen Umständen zu schützen, und von dem Augenblick an, in dem ich in die Geiselnahme verwickelt wurde, habe ich danach gehandelt.“ Sowohl 1973 als auch 1975 gab es dafür teils heftige Kritik: „Aber, so frage ich mich, hat man denn in den Ländern, in denen sofort hart durchgegriffen wurde, weitere terroristische Aktionen verhindert.“⁶⁶ Kreiskys Zugeständnisse sollten jedenfalls nicht „vorschnell als blinde Nachgiebigkeit betrachtet werden“, befand der deutsche Zeithistoriker Matthias Dahlke 2011. Vielmehr müsse die „Terrorismusaußenpolitik“ des Bundeskanzlers „als eigenständiger, eben österreichischer Ansatz einer strategischen Unnachgiebigkeit bewertet werden“.⁶⁷

Dass es kaum Alternativen zu den kritisierten Kompromisslösungen gab, hing auch damit zusammen, dass Österreich damals noch über keine entsprechenden Kapazitäten im Antiterrorbereich verfügte. Obgleich relativ früh mit dem Aufbau von Spezialkräften begonnen worden war, hatten diese bis Ende der 1970er Jahre noch kein professionelles Niveau erreicht. Nicht umsonst zeigte sich die Exekutive bei den Ereignissen in Marchegg und bei der OPEC-Geiselnahme vielfach überfordert. Das warnende Beispiel des tragisch gescheiterten Befreiungsversuchs während der Geiselnahme bei den Olympischen Spielen in München (1972) wurde von Kreisky immer wieder reflektiert. So ließ Innenminister Otto Rösch (SPÖ) dem Bundeskanzler im Oktober 1973 Untersuchungsberichte der bayerischen Staatskanzlei und der Bundesregierung zu den Münchner Ereignissen zukommen – offenbar

um die Gründe für das Nichteingreifen der Polizei in Marchegg zu erklären.⁶⁸ Das Manko im Sicherheitsapparat war spätestens in den 1980er Jahren behoben; mit der Aufstellung der EBT erhielt die Terrorismusbekämpfung eine zusätzliche nachrichtendienstliche Kapazität.



Internationaler Terrorismus der 1970er Jahre: Geiselnahme in der französischen Botschaft in Den Haag 1974.

Quelle: Wikimedia Commons.

Selbstverständlich sollen auch die Schwächen der österreichischen Herangehensweise nicht übersehen werden: Es gelang nicht, nahöstlichen Terror gänzlich von Österreich fernzuhalten. Obgleich Kreiskys Eintreten für Gaddafi einige konkrete Ergebnisse – wie ein Übereinkommen zwischen Frankreich und Libyen im Tschadkonflikt – brachte, blieb der libysche Staatschef auf Konfrontationskurs mit den USA. Er sollte die daraus resultierenden militärischen Schläge jedoch überstehen und beendete seine Förderung von terroristischen Gruppen erst in den 1990er Jahren – nach jahrelangem wirtschaftlichen Druck und politischer Isolation. Gaddafis Sturz und Tod als Folge des „arabischen Frühlings“ 2011 werfen im Nachhinein einen Schatten auf Kreiskys Libyen-Diplomatie. Noch entscheidender aber war, dass die guten Kontakte zur PLO radikale Kräfte wie die Abu-Nidal-Gruppe sowie deren staatliche Unterstützer auf den Plan brachten. Es spricht für

Kreiskys Standfestigkeit, dass er seine Linie auch gegen diesen Druck beibehielt und seine Überzeugungen weiter vertrat. Auch ist Kreiskys Nahostpolitik nicht kausal für den Terror von 1981-1985 verantwortlich zu machen, aber sein Vorgehen hatte eine Gegenreaktion hervorgerufen. Kreisky gelang es einen Dammbbruch zu vermeiden, aber seine Nachfolger ließen die Nahostpolitik schrittweise auslaufen. Mit dem Wechsel des Außenamts zur ÖVP 1987 erfolgte ohnedies eine grundsätzliche Neuorientierung hin zu europäischen Belangen.

Um die weiter bestehende Bedrohung durch Abu Nidal zu minimieren, suchte man Ende der 1980er Jahre eine Form der Verständigung mit dieser Gruppe. Aus Sicht der Verantwortlichen mag es die Staatsräson – das Streben nach Sicherheit und Selbstbehauptung – gerechtfertigt haben, einen „Waffenstillstand“ mit einer Terrorgruppe einzugehen, die ihre operationelle Fähigkeit zur Durchführung blutiger Anschläge bereits mehrfach unter Beweis gestellt hatte. Einen solchen Weg hatten auch andere europäische Länder eingeschlagen: Frankreich traf eine entsprechende Vereinbarung mit der Abu-Nidal-Gruppe in den frühen 1980er Jahren, nachdem die Organisation ein jüdisches Restaurant in Paris attackiert hatte. Zuvor hatte das Land eine neutrale Haltung eingenommen und verschiedenen arabischen Gruppierungen den Aufenthalt in Frankreich ermöglicht. Die BRD wiederum hatte schon Ende der 1970er Jahre einen „Waffenstillstand“ mit der PLO geschlossen, was weitere Anschläge nach dem Olympiaattentat von 1972 verhinderte.

Ungeachtet der beträchtlichen Risiken stellte dieser Deal sicher, dass der Terror gegen Österreich aufhörte. Dieser pragmatische Impetus zeigte sich seitdem auch bei ähnlichen Sicherheitsfragen: Im Fall der Kurdenmorde (1989) verzichtete Österreich nach iranischem Druck auf eine effektive Strafverfolgung der Attentäter. 1994 erlaubte man nach Interventionen Syriens die Ausreise von Faisal Summak, obgleich ein deutscher Haftbefehl gegen den ehemaligen Botschafter wegen Terrorverbindungen vorlag. Meldungen, wonach die Behörden 1995 die Möglichkeit abgelehnt hatten, den damaligen Stellvertreter von Osama Bin Laden, Aymann al-Zawahiri, während eines Wien-Aufenthalts festzunehmen, wurden offiziell dementiert.⁶⁹ Weiters konnte sich die Justiz seit 2000 nicht dazu durchringen, ein Guthaben der Abu-Nidal-Gruppe bei einer österreichischen Bank für verfallen zu erklären. Und auch im anders

gelagerten Fall Golovатов zeigte sich 2011 erneut die Priorität von Konfliktvermeidung im Krisenmanagement. Betrachtet man also die Antiterrorpolitik in einer langen Linie von 1973 bis in die Gegenwart, dann lässt sich feststellen, dass Österreich in seinem Handeln gegenüber Terroristen eine Mischung aus Pragmatik und Kompromissbereitschaft an den Tag

gelegt hat. Gegen diesen österreichischen Weg lässt sich moralisch leicht argumentieren, andererseits hat diese Strategie sicher auch dazu beigetragen, dass Terrorakte internationaler Gruppen in Österreich eher selten und die Opferzahlen im Vergleich zu anderen Ländern niedrig blieben.

ENDNOTEN

¹ Helga Embacher, Margit Reiter, *Gratwanderungen. Die Beziehungen zwischen Österreich und Israel im Schatten der Vergangenheit* (Wien 1998), 163.

² Herr, öffne das Herz Österreichs, in: „Der Spiegel“ Nr. 41 (1973), 118-122.

³ Landesgendarmeeriekommando für Niederösterreich an Bundesministerium für Inneres (BMI), 5.10.1973, in: Stiftung Bruno-Kreisky-Archiv Wien (StBKA), Schönau, Box 1.

⁴ Weekly Situation Report on International Terrorism, 17.12.1974, http://www.foia.cia.gov/docs/DOC_0000105160/DOC_0000105160.pdf.

⁵ Weekly Situation Report on International Terrorism, 7.1.1975, http://www.foia.cia.gov/docs/DOC_0000105161/DOC_0000105161.pdf.

⁶ Memorandum of Conversation, 2.7.1974, www.geraldfordfoundation.org/wp-content/memcons/1553105.pdf.

⁷ 30 Jahre „Cobra“, in: Öffentliche Sicherheit Nr. 5-6 (2008), 26-28.

⁸ Richard Benda, Österreich – kein Land für Terroristen? Teil 2, in: Kriminalistik Nr. 5 (1980), 254-258.

⁹ Zusammenfassung vorliegender Hinweise zur österreichischen Antiterrorereinheit Kobra, 1.3.1984, in: Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU, Berlin), MfS – HA XXII Nr. 5257/3.

¹⁰ Interview mit Chefinspektor a.D. Robert Sturm, 16.5.2011.

¹¹ Manfred Fuchs, *Der österreichische Geheimdienst. Das zweitälteste Gewerbe der Welt* (Wien 1994), 191.

¹² Sondergruppe zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus beim österreichischen Innenministerium – Organisatorische Gliederung und Aufbauprinzipien, in: BStU, MfS – HA XXII Nr. 6002.

¹³ Konzept für die Aufstellung der Sondergruppe zur Bekämpfung des Internationalen Terrorismus, in: Ibid.

¹⁴ Heinz Vetschera, Terrorism in Austria: Experiences and Responses, in: Alex P. Schmid (ed.), *Western responses to terrorism* (London 1993), 210-233.

¹⁵ Interview mit Bundesminister a.D. Erwin Lanc, 10.12.2008.

¹⁶ Interview Lanc, 28.3.2011.

¹⁷ Thomas Riegler, *Im Fadenkreuz: Österreich und der Nahostterrorismus 1973 bis 1985* (Wien 2010), 39f.

¹⁸ Die Staatspolizei nascht nur mit, in: „Kurier“, 25.1.1973.

¹⁹ Peterlungers Reich, in: „profil“ Nr. 12 (1972), 30-52.

²⁰ Schwarzbrauner September, in: „profil“ Nr. 2 (2012), 28-31.

²¹ Gerald Freihofer, Kreisky und die PLO, in: „Wochenpresse“ Nr. 29 (1979), 10ff.

²² Österreichische Botschaft Bagdad an Außenministerium Wien, Drohung gegen den Herrn Bundeskanzler; RAF-Terroristen im Irak, 15.11.1977, in: StBKA, Verfassung, Staat. Regierung II/3, Box Nr. 25.

²³ Österreichische Botschaft Tripolis an Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten, 26.7.1976, in: StBKA, VII.1 Libyen Box 1.

²⁴ Zusammenfassung der Nah-Ost-Reise der SI, Februar 1975, in: StBKA, VII.1 Nahost Box 26.

²⁵ Interview Lanc, 11.2.2011.

²⁶ Protokoll der Hauptverhandlung, 10.10.1990, in: Landesgericht für Strafsachen Wien, 30 Vr 305/87, Bd. 197, 6800.

²⁷ Alfred Worm, „Im Namen Allahs...“, in: „profil“ Nr. 26 (1987), 35-38.

²⁸ Kreisky an Helmut Schmidt, 26.3.1982, in: StBKA, VII.1. Länderbox BRD 2.

²⁹ Interview mit Dr. Erwin Matsch, 30.5.2011.

³⁰ Notiz Vorsprache Herr Polansky von US-Botschaft am 17. 9. 1981, in: StBKA, VII.1 Libyen Box 2.

³¹ Notiz vom 10.3.1982, in: StBKA, Libyen, Box 1.

³² Roter Reaktor für Libyen, in: „Die Zeit“, 13.10.1978.

³³ Notiz betreffend: 2. Gespräch Bundeskanzler – Oberst Ghadhafi, 11. 3, in: StBKA, VII.1 Libyen, Box 2.

³⁴ Information der Sicherheitsorgane der VRB über den Verkauf von österreichischen Waffen, 1982, in: BStU, MfS 415/84.

³⁵ Hubertus Czernin, Was Österreich an Gaddafi liefert, in: „profil“ Nr. 6 (1986), 20-23.

³⁶ Kreisky an Helmut Schmidt, 26.3.1982, in: StBKA, VII.1. Länderbox BRD 2.

³⁷ BStU, MfS XV 36/90 Händler Bd.2, 7116/91.

³⁸ Peter Müller, Michael Mueller, *Gegen Freund und Feind. Der BND: Geheime Politik und schmutzige Geschäfte* (Hamburg 2002), 605.

³⁹ Matthias Dahlke, Das Wischniewski-Protokoll. Zur Zusammenarbeit zwischen westeuropäischen Regierungen und transnationalen Terroristen 1977, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 57 (2009), 201-215.

⁴⁰ Riegler, *Im Fadenkreuz*, 397-402.

⁴¹ Interview mit Oberst a.D. Alfred Rupf, 22.11.2011.

⁴² Sieben singen, in: „Der Spiegel“ Nr. 20 (1980), 27-29.

⁴³ Persönlich: Ministerium für Staatssicherheit Stellvertreter des Ministers Genossen Generalmajor Neiber, 12.12.1980, in: BStU, MfS AOP 12581/88.

⁴⁴ Riegler, *Im Fadenkreuz*, 344.

⁴⁵ Interview Rupf, 22.11.2011.

⁴⁶ Brief von Franz Parak, 24.6.1981, in: StBKA, VII.4. Nahost/PLO/Terror (Abu Nidal) Box 27.

- ⁴⁷ Thomas Riegler, „Wir hatten gute Informationen“, in: „profil“ Nr. 30 (2011), 18f.
- ⁴⁸ Patrick Seale, *Abu Nidal. Der Händler des Todes* (München 1992), 121-124.
- ⁴⁹ Erschießung des österreichischen Bürgers Nittel, 1.7.1981, in: BStU, MfS – HA XXII Nr. 16762.
- ⁵⁰ Information über Abu Nidal und seine Gruppe, 29.10.1981, in: BStU, XV 2690/82, 7116/91, Bd. 1.
- ⁵¹ Bericht zum Treff mit dem IM „David“, 8.1.1986, in: BStU, MfS – HA XXII Nr. 504/2.
- ⁵² Information Hauptabteilung VII, 17.1.1986, in: BStU, MfS – HA II Nr. 28655.
- ⁵³ Oskar Helmer (1887-1963), SPÖ-Politiker und langjähriger Innenminister von Dezember 1945 bis 1959.
- ⁵⁴ Treffen von Bruno Kreisky, Jassir Arafat und SI-Präsident Willi Brandt in Wien am 7. Juli 1979.
- ⁵⁵ StBKA, Tagebuch Josef Staribacher, Eintrag vom 8.9.1981.
- ⁵⁶ Ibid., Eintrag vom 1.9.1981.
- ⁵⁷ Riegler, *Im Fadenkreuz*, 282ff.
- ⁵⁸ Interview mit Dr. Franz Parak, 26.5.2011.
- ⁵⁹ Treffen Oberst Gadhafi, 16.12.1985, in: StBKA, VII.1 Libyen, Box 2.
- ⁶⁰ Botschaft an Altbundeskanzler Kreisky, 8.1.1986, in: StBKA, VII.1 Libyen, Box 2.
- ⁶¹ Heinz Nußbaumer, *Meine kleine große Welt: Begegnungen, Erfahrungen, Erinnerungen* (Wien 2011), 225f.
- ⁶² Terror: Blecha droht Syrien mit Konsequenzen, in: „Die Presse“, 8.3.1986.
- ⁶³ Manfred Morstein, *Der Pate des Terrors. Die mörderische Verbindung von Terrorismus, Rauschgift und Waffenhandel* (München 1989), 187.
- ⁶⁴ Riegler, *Im Fadenkreuz*, 455f.
- ⁶⁵ Hans Rauscher, Bruno Kreisky, 75, verteidigt sein problematisches Erbe, in: „Kurier“, 22.1.1986.
- ⁶⁶ Bruno Kreisky, *Im Strom der Politik. Der Memoiren zweiter Teil* (Wien 1994), 321.
- ⁶⁷ Matthias Dahlke, *Demokratischer Staat und transnationaler Terrorismus. Drei Wege zur Unnachgiebigkeit in Westeuropa 1972-1975* (München 2011), 318f.
- ⁶⁸ Otto Rösch an Bruno Kreisky, 10.10.1973, in: StBKA, Schönau Box 1.
- ⁶⁹ Lehnte Österreich 1995 Festnahme Zawahiris ab?, in: „Die Presse“, 12.5.2011.